

Differenzierte Entwicklungen bei der Sozialversicherung	453
Der private Verbrauch im zweiten Quartal 1992	457
REA-Gips als Substitutionsrohstoff für Naturgips .	462
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 38/92

Berlin

17. September 1992

2. Ex.

59. Jahrgang

Differenzierte Entwicklungen bei der Sozialversicherung

Mit der Vereinigung mußten auch die sozialen Absicherungssysteme Ost- und Westdeutschlands zusammengeführt werden. Dies wurde für die einzelnen Träger auf sehr unterschiedlichem Weg vollzogen.

Die Sozialversicherung der DDR beruhte auf zwei Trägern, der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der Sozialversicherung im Rahmen der staatlichen Versicherung für Selbständige und Genossenschaftsmitglieder. Es wurde ein einheitlicher, nach Risiken nicht aufspaltbarer Versicherungsbeitrag erhoben. Die Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) war ebenfalls bei den Sozialversicherungsträgern angesiedelt; sie und die Pflichtversicherung wurden als Einheit angesehen.

In der DDR entrichteten die Erwerbstätigen und die Betriebe Sozialversicherungsbeiträge. Die Leistungen wurden — wie in der Bundesrepublik — über das Umlageverfahren finanziert. Das Beitragsaufkommen reichte aber bei weitem nicht aus, die Gesamtausgaben zu decken. Die Bilanz wurde etwa zur Hälfte durch Staatszuschüsse ausgeglichen.

Mit dem Gesetz über die Sozialversicherung (SVG) wurden die Sozialversicherungen zu einem gemeinsamen Träger mit den Zweigen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung zusammengeführt und zum 1.7.1990 aus dem Staatshaushalt der DDR herausgelöst. Die Einnahmen und Ausgaben waren von diesem Datum an nach Versicherungszweigen getrennt zu erfassen. Mit dem Arbeitsförderungsgesetz (DDR) wurde eine Arbeitsverwaltung eingerichtet und eine Einkommenssicherung im Fall der Einschränkung oder des Verlustes der Erwerbstätigkeit nach westdeutschem Muster eingeführt.

Das Rentenangleichungsgesetz regelte den ersten Schritt zur Anpassung der DDR-Renten an das Rentenni-

veau in der Bundesrepublik Deutschland zum 1.7.1990. Weiter vorangetrieben wurde der Aufbau von nach Risiken getrennten Sozialversicherungsträgern mit dem Einigungsvertrag bzw. dem Rentenüberleitungsgesetz mit Wirkung vom 1.1.1992. Seit dem 1.1.1991 können sich die gesetzlichen Krankenversicherungen in ihrer gegliederten Form (AOK, Ersatzkassen, Betriebskassen) mit einem einheitlichen Beitragssatz von 12,8 vH in den neuen Bundesländern niederlassen; die Unfallversicherung wurde ebenfalls auf die dafür zuständigen Träger übertragen.

Von den drei Sozialversicherungsträgern ist allein die Bundesanstalt für Arbeit bereits seit dem 3.10.1990 gemeinsam für West- und Ostdeutschland finanziell verantwortlich. Für die Rentenversicherung wurde ein Finanzverbund erst zum 1.1.1992 vereinbart, die Krankenversicherungen in Ostdeutschland bleiben vorerst finanziell vom alten Bundesgebiet getrennt.

Sehr unsicher sind die finanziellen Konsequenzen der Überführung der DDR-Sozialversicherung in ein System nach westdeutschem Muster. Bisher hat sich die Einschätzung des DIW bestätigt, daß sich die Bereiche Kranken- und Rentenversicherung weitgehend selbst tragen können. Ebenfalls bestätigte sich die Überzeugung, daß eine beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung bei massiver Unterbeschäftigung überfordert ist. Dieser Überforderung ist nur durch Transfers von außen zu begegnen.

Finanzielle Situation der ostdeutschen Sozialversicherung

1991 haben sowohl die Renten- als auch die Krankenversicherungen in Ostdeutschland mit einem Überschuß der Einnahmen gegenüber den Ausgaben abgeschlossen.

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung in den neuen Bundesländern
in Mrd. DM

	Rentenversicherung ¹⁾		Krankenversicherung		Arbeitslosenversicherung	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Einnahmen	32,13	41,75	25,41	30,40	4,56	3,10
Beiträge	25,63	31,23	24,95	29,80	4,55	3,08
Sonst. Einnahmen	0,86	1,87	0,46	0,60	0,01	0,02
Bundeszuschuß	5,64	8,65	—	—	—	—
Ausgaben	31,58	42,70	22,83	29,80	29,87	45,35
Geldleistungen	26,68	36,38	1,58	2,20	22,45	36,15
Beiträge an SV ²⁾	3,46	2,40	—	—	6,57	8,20
Staatsverbrauch	1,44	3,92	21,25	27,60	0,85	1,00
Finanzierungssaldo	+ 0,55	—0,95	+ 2,54	+ 0,60	—25,31	—42,25

¹⁾ Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten. — ²⁾ Der Beitrag zur Krankenversicherung der Rentner wurde 1991 vom Träger allein getragen.
Quelle: Rechnungsabschlüsse des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger, Rechnungsergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung — neue Bundesländer; Berechnungen des DIW.

Die gestiegene Arbeitslosigkeit hat 1991 allerdings zu einem Defizit der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 25 Mrd. DM geführt.

Die bisher relativ gute Entwicklung der Finanzlage der ostdeutschen Kranken- und Rentenversicherungsträger hängt mit der in Ostdeutschland günstigeren Relation Beitragszahler/Leistungsempfänger zusammen. Im Durchschnitt des Jahres 1991 waren in den gesetzlichen Krankenkassen Ostdeutschlands 11,5 Mill. Personen versichert, d.h. etwa 73 vH der Bevölkerung (ohne Pendler). In Westdeutschland betrug diese Quote nur 60 vH. Die Relation von Rentnern zu Beitragszahlern ist in Ostdeutschland zwei Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland. Die höhere Erwerbsbeteiligung (besonders der Frauen) und das spätere Renteneintrittsalter vergrößern den Kreis der Beitragszahler.

Das in Ostdeutschland der Beitragszahlung im Bereich Krankenversicherung zugrunde liegende Einkommen je Mitglied erreichte 1991 etwa 53 vH des entsprechenden Einkommens in Westdeutschland; bei den Beitragseinnahmen waren es 55,5 vH und den Ausgaben 48 vH der westdeutschen Vergleichsgröße. Die bessere Beitragseinnahmen-Relation wird zum Teil durch den höheren Krankenversicherungsbeitragssatz (12,8 gegenüber 12,2) erklärt. Bei den Ausgaben ist bisher nicht zu bestimmen, welcher Anteil einer günstigeren Relation der Beitragszahler/Leistungsberechtigte und welcher einer zurückhaltenden Inanspruchnahme zuzuschreiben ist.

Für 1992 bahnt sich eine ähnliche Entwicklung an. Die Krankenversicherung dürfte mit einem leichten Überschuß abschließen. Die günstige finanzielle Entwicklung hat einige Träger der gesetzlichen Krankenversicherung veranlaßt, den Beitragssatz, der bis Ende 1991 einheitlich auf 12,8 vH des Bruttoentgeltes festgelegt war, zu senken; vom vierten Quartal 1992 an gilt in den neuen Bundesländern ein durchschnittlicher Beitragssatz von 12,5 vH. Allerdings

sind die Ausgabenansätze für 1992 mit großer Unsicherheit behaftet. Zum einen wird angeführt, daß die vorliegenden Abrechnungsergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung die tatsächliche Kostenentwicklung unterzeichnen. Denn die zuständigen Stellen sind mit dem Abrechnungsverfahren noch nicht vertraut und reichen die Belege bei den Kassen verspätet ein. Zum anderen ist unsicher, wie sich die Inanspruchnahme der gesundheitlichen Dienste durch die Bevölkerung entwickeln wird. Selbst eine für 1992 unterstellte Steigerung der Sachausgaben der Krankenversicherung von 30 vH läßt einen positiven Haushaltsabschluß erwarten.

Die finanziellen Folgen des Rentenüberleitungs-gesetzes (RÜG), das seit dem 1.1.1992 gilt, sind schwer einzuschätzen. Einige Institutionen haben noch Anfang dieses Jahres für die ostdeutsche Rentenversicherung Defizite in Höhe von 10 bis 14 Mrd. DM prognostiziert¹. Nach den jetzt vorliegenden Halbjahresergebnissen dürfte die Entwicklung erheblich günstiger sein. Für das erste Halbjahr 1992 wird für die Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung ein Defizit von 0,7 Mrd. DM ausgewiesen. Im ganzen Jahr 1992 dürfte die Finanzierungslücke etwa 1 Mrd. DM betragen. Die finanziellen Aufwendungen für neu beantragte Renten, die bisher nur teilweise mit Abschlagszahlungen abgegolten wurden, können dieses Defizit eventuell etwas erhöhen.

Dem hier vorgestellten Ergebnis liegt eine Steigerung der Rentenausgaben im Jahre 1992 von 30 vH gegenüber denen im Jahr 1991 zugrunde. Etwa 6,5 Mrd. DM werden als Auffüllbeträge gezahlt. Dies sind Ansprüche, die auf altem DDR-Rentenrecht basieren und von 1996 an schrittweise mit den Rentensteigerungsbeträgen aufgerechnet

¹ Vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), VDR-Info Nr. 3/92. Frankfurt/Main; Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland in den Jahren 1991 und 1992, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1992.

werden. Das im Bereich der neuen Bundesländer anfallende Defizit wird aus den Rücklagen der westdeutschen Rentenversicherungsträger (Arbeiter- und Angestelltenversicherung) gedeckt.

Weiterhin sehr ungünstig ist es um die Finanzen der ostdeutschen Arbeitsmarktverwaltung bestellt. Hier wird sich 1992 auf der Basis der bisher veröffentlichten Daten eine Unterdeckung von etwa 42 Mrd. DM ergeben. Will man die Gesamtausgaben für die Arbeitslosigkeit erfassen, so ist zu berücksichtigen, daß durch das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost weitere 3 Mrd. DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Die Defizite sind durch Überschüsse der westdeutschen Arbeitsverwaltung und gegebenenfalls durch Zuschüsse des Bundes auszugleichen. Die entsprechenden, im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für das ganze Jahr 1991 und 1992 ausgewiesenen Beträge überzeichnen allerdings den Umfang der echten Transferleistungen von West nach Ost, die zur Defizitabdeckung notwendig sind.

Die für Ostdeutschland ausgewiesenen Beitragseinnahmen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit sind in Relation zu der dazugehörigen Bruttolohn- und -gehaltssumme (Inland) viel zu niedrig angesetzt. Bei der vom DIW projizierten Bruttolohn- und -gehaltssumme von 164 Mrd. DM für das Jahr 1992 müßten sich in Ostdeutschland Pflichtbeiträge in Höhe von etwa 10 Mrd. DM ergeben. Die Bundesanstalt für Arbeit weist für das erste

Halbjahr dagegen nur 1,5 Mrd. DM aus. Das Westdeutschland zugerechnete Beitragsaufkommen ist dagegen seit der Zusammenführung der beiden Arbeitsverwaltungen überhöht. Der für das ganze Jahr ausgewiesene Betrag des Transfers von West nach Ost in Höhe von 42 Mrd. DM ist somit erheblich, um 7,4 Mrd. DM, zu kürzen. Der Korrekturbedarf für 1991 dürfte auf 3,4 Mrd. DM zu veranschlagen sein.

Westdeutsche Sozialversicherung

Die finanzielle Situation der westdeutschen Sozialversicherung ist in der Tabelle „Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung West“ dargestellt. Bis einschließlich 1991 sind dies Angaben des Statistischen Bundesamtes. Für 1992 wurden sie unter Zuhilfenahme bereits vorliegender Zahlen einzelner Institutionen fortgeschrieben. Ausgewiesen werden für die beiden Jahre 1991 und 1992 Überschüsse in Höhe von 17,56 Mrd. DM und 3,60 Mrd. DM. Diese Angaben geben aber ein verzerrtes Abbild der tatsächlichen Finanzsituation der westdeutschen Sozialversicherung wieder. Zum einen enthalten die Beitragseinnahmen auch Beträge, die eigentlich Ostdeutschland zuzurechnen sind, und zum anderen werden die Transfers zum Defizitausgleich als Ausgaben verbucht.

Die um Ost-West-Effekte bereinigten Salden entsprechen Überschüssen in Höhe von 29,86 Mrd. DM (1991) und

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung West

	1989	1990	1991	1992 ¹⁾	1990	1991	1992
	in Mrd. DM				Veränderung in vH		
Einnahmen	418,62	448,25	496,92	529,25	7,1	10,9	6,5
Tatsächl. Sozialversicherungsbeiträge	356,94	382,78	420,75	454,23	7,2	9,9	8,0
Übertragungen der Gebietskörperschaften	51,68	53,32	63,84	60,32	3,2	19,7	-5,5
Vermögenseinkünfte	6,51	8,53	8,20	10,00	31,0	-3,9	22,0
Übrige Einnahmen	3,49	3,62	4,13	4,70	3,7	14,1	13,8
Ausgaben	401,86	427,88	479,36	525,65	6,5	12,0	9,7
Staatsverbrauch	136,55	147,85	162,75	180,65	8,3	10,1	11,0
dar. Soziale Sachleistungen	116,51	126,15	139,45	155,50	8,3	10,5	11,5
Lfd. Übertragungen	264,24	278,76	315,21	343,50	5,5	13,1	9,0
dar. Geldleistungen an private Haushalte	255,61	270,38	285,75	305,05	5,8	5,7	6,8
Lfd. Übertragungen an die übrige Welt ²⁾	4,74	5,04	25,88	34,85	6,3	413,5	34,7
Übrige Ausgaben	1,07	1,27	1,40	1,50	18,7	10,2	7,1
Finanzierungssaldo	16,76	20,37	17,56	3,60	—	—	—
Bereinigter Finanzierungssaldo ³⁾	—	—	29,86	25,05	—	—	—

¹⁾ Schätzungen des DIW. — ²⁾ Einschl. der Bundesanstalt-West an den Bereich Arbeitsmarktverwaltung-Ost. — ³⁾ Bereinigt um erhöhte Beitragszahlungen und den Defizitausgleich Bundesanstalt-West an Bundesanstalt-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, Revision 8/91, Fachserie 18, Reihe S.16. Der Staat in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Eigene Berechnungen.

**Finanzierungssalden der Sozialversicherungsträger in Westdeutschland
in Mrd. DM**

	1989	1990	1991	1992 ³⁾
Arbeiter-Rentenversicherung	0,82	0,97	1,32	8,35
Angestellten-Rentenversicherung	2,97	9,54	9,04	
Knappsch.-Rentenversicherung	0,05	0,04	0,00	0,05
Zusatzvers. öffentl. Dienst	1,38	1,15	1,80	1,60
Landw. Alterskassen	0,31	0,32	0,27	0,40
Krankenversicherung	9,53	5,68	-5,10	-9,20
Unfallversicherung	1,60	2,35	2,49	2,40
Arbeitslosenversicherung ¹⁾	0,10	0,32	7,74	0,00
Finanzierungssaldo	16,76	20,37	17,56	3,60
Bereinigter Finanzierungssaldo²⁾			29,86	25,05

1) Einschließlich der Übertragung von 4,9 Mrd. DM an die Bundesanstalt für Arbeit. — 2) Bereinigt um erhöhte Beitragseinnahmen, zusätzliche Bundeszuschüsse und Defizitausgleich der Bundesanstalt für Arbeit. — 3) Schätzungen des DIW auf der Basis der Rechnungsergebnisse der Träger.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen, Revision 8/91, Fachserie 18, Reihe 9.16. Der Staat in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Eigene Berechnungen.

25,05 Mrd. DM (1992). Für das Jahr 1991 wurde die Einnahmenseite um die bei der Bundesanstalt für Arbeit zuviel verbuchten Einnahmen in Höhe von 3,4 Mrd. DM und um die Überweisungen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 4,9 Mrd. DM gekürzt. Diese Ende 1991 geleisteten Zahlungen waren als Finanzpolster für die in Ostdeutschland 1992 anfallenden Ausgaben gedacht. Auf der Ausgabenseite wurde die Übernahme des Defizits der Arbeitsverwaltung Ost in Höhe von 20,6 Mrd. DM herausgerechnet; dieser Transfer ist unter der Rubrik „laufende Übertragungen an die übrige Welt“ verbucht. Entsprechend wurden für das Jahr 1992 die Einnahmen um 7,4 Mrd. DM und die Ausgaben um den bei der Bundesanstalt für Arbeit West dann verbleibenden Überschuß von 21,45 Mrd. DM, der zum Ausgleich des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit Ost verwendet wird, reduziert.

Für sich betrachtet ist die Sozialversicherung West durchaus in einer gesunden Verfassung — und dies, obwohl in einzelnen sozialen Bereichen, wie zur Zeit im Gesundheitsbereich, Handlungsbedarf besteht. Die gesetzliche Krankenversicherung hat im Jahr 1991 mit einem Defizit von gut 5 Mrd. DM abgeschlossen. Im Jahr 1992 wird sich nach Einschätzung des DIW selbst unter Einrechnung erheblicher Beitragssatzanhebungen im vierten Quartal eine Finanzierungslücke von gut 9 Mrd. DM ergeben.

Von einer Überforderung des Umlageverfahrens, die in der Diskussion über die Einführung einer Pflegeversicherung häufig behauptet wird, kann angesichts der im bestehenden System erwirtschafteten Überschüsse nicht die Rede sein. Gerade für eine ureigene soziale Absicherung — wie die des Pflegefalls — wäre ausreichender finanzieller Spielraum vorhanden, wenn die Solidargemeinschaft der Versicherten von den Risiken entlastet würde, die nicht ihr allein, sondern der Gemeinschaft aller Steuerzahler anzulasten sind. Dies sind vor allem die Folgekosten der Vereinigung, wie die Auffüllbeiträge in der Rentenversicherung infolge der Umstellung zum 1.1.1992, der größte

Teil der Kosten von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sowie die Ausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen. Vorgeschlagen wird, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder gesenkt werden und statt dessen die Kosten der Arbeitslosigkeit über eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer finanziert werden. Dies würde zum einen zu einer verträglicheren Verteilung der finanziellen Lasten der Arbeitslosigkeit führen und zum zweiten Spielräume für eine bessere Absicherung der Pflegefälle im Rahmen der Sozialversicherung schaffen. Zu großen Teilen werden Pflegefälle heute — im unzureichenden Maße — über die Sozialhilfe oder über private Ausgaben finanziell abgesichert².

Werden die beiden Bereiche Ost und West zusammen betrachtet, so wird sich 1992 im Bereich der Arbeitsverwaltung insgesamt ein Defizit von 13,4 Mrd. DM einstellen. Da von den Ende 1991 aufgestockten Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit noch gut 4 Mrd. DM zur Verfügung stehen, wird der Bund für das restliche Defizit in Höhe von 9,2 Mrd. DM in Anspruch genommen werden müssen.

Im Bereich der Rentenversicherung — dem zweiten Bereich, in dem ein Finanzverbund West-Ost besteht — dürfte es trotz der Senkung des Beitragssatzes zu einer weiteren Aufstockung der Rücklagen kommen, da die westdeutsche Rentenversicherung mit einem Überschuß in Höhe von 8,3 Mrd. DM abschließen wird. Unter Berücksichtigung des ostdeutschen Defizits wird damit die Schwankungsreserve von 42,3 Mrd. DM Ende 1991 auf knapp 50 Mrd. DM aufgestockt. Gemessen in Monatsausgaben der Rentenversicherung wird sich die Schwankungsreserve allerdings von 3,0 auf 2,5 reduzieren, da die ostdeutschen Renten nach dem Finanzverbund bei den Ausgaben mit berücksichtigt werden müssen.

² 1990 wurden von der Sozialhilfe allein 10,2 Mrd. DM für die „Hilfe zur Pflege“ verausgabt.

Der private Verbrauch im zweiten Quartal 1992

Westdeutschland: Anhaltende Konsumschwäche¹

Anfang September hat das Statistische Bundesamt revidierte Daten für den privaten Verbrauch für die Zeit seit 1989 vorgelegt. Die Änderungen beruhen in erster Linie auf der Einarbeitung der neuesten Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik. Danach wird das Verbrauchsniveau — in der Rechnung zu jeweiligen Preisen — 1989 um gut 11 Mrd. DM, 1990 um über 22 Mrd. DM und 1991 um 41½ Mrd. DM höher ausgewiesen. In relativer Betrachtung sind dies Korrekturen von rund 1 vH bis 3 vH. Das Preisniveau und dessen Entwicklung sind von der Revision nur geringfügig betroffen. Bei der saisonbereinigten Entwicklung des realen privaten Verbrauchs auf der Basis von Quartalsdaten ist deutlich ein wachsender Abstand zwischen der alten und der neuen Reihe zu erkennen.

Angaben über die Aufteilung der Niveauekorrektur auf die Verwendungszwecke des privaten Verbrauchs liegen noch nicht vor. Ersten Informationen zufolge sind insbesondere die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und Schuhe, Haushaltsführung sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung gestiegen. Nach unten korrigiert wurden allein die Ausgaben für Güter der Körper- und Gesundheitspflege. Unverändert blieben die Angaben über Mieten und Haushaltsenergie.

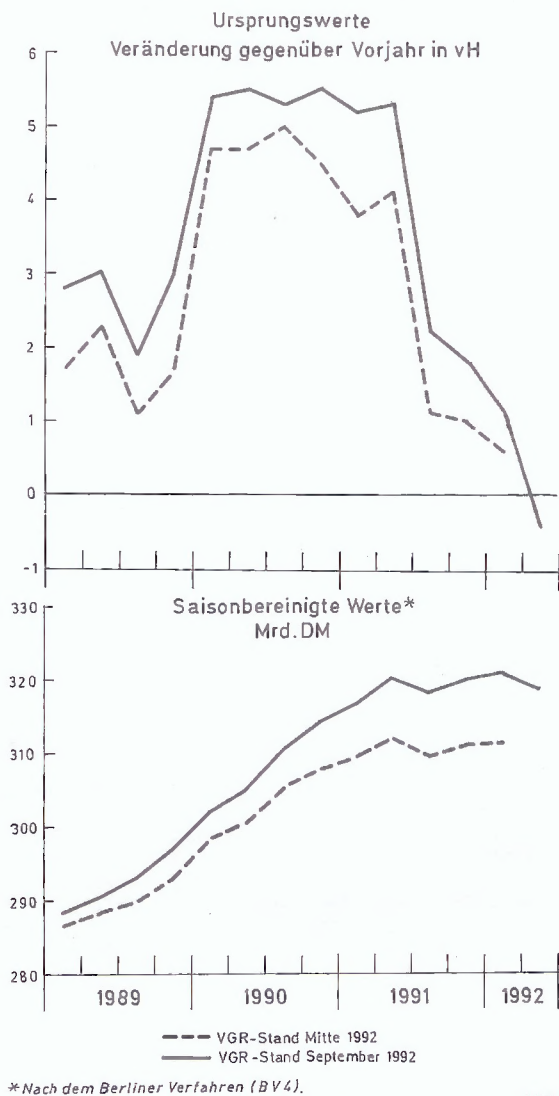
Die Konsumausgaben der privaten Haushalte expandierten im zweiten Quartal dieses Jahres um 1 vH und lagen damit um 4½ vH über dem Niveau vom Vorjahr. Allerdings ist die Zunahme ausschließlich auf kräftige Preissteigerungen zurückzuführen. Wie schon im ersten Jahresviertel war eine fühlbare Verteuerung der Lebenshaltung — diesmal um rund 1½ vH — zu registrieren, so daß sich der Abstand zum Vorjahr auf knapp 5 vH erhöhte; dies ist der stärkste Preisanstieg seit zehn Jahren.

In realer Betrachtung — nach Ausschaltung der Preissteigerungen — zeigt sich ein leichter Rückgang der Verbrauchsnachfrage. Die anhaltende Konsumschwäche schlägt sich nun auch im Vorjahresvergleich nieder, der ebenfalls eine Abnahme des realen Konsums — um rund ½ vH — ausweist.

Der starke Anstieg der Lebenshaltungskosten geht vor allem auf den anhaltenden Preisauftrieb bei Dienstleistungen und Reparaturen — für sie waren 5½ vH mehr aufzuwenden als ein Jahr zuvor — sowie bei Wohnungsmieten (+5,2 vH) zurück. Ausschlaggebend für die kräftige Verteuerung der Kraftstoffe (16 vH) war neben der noch den Vorjahresvergleich beeinflussenden Mineralölsteuererhöhung von Mitte 1991 der spürbare Preisanstieg im Berichtsquartal (2½ vH gegenüber dem ersten Jahresviertel). Etwas gedämpft wurde die allgemeine Teuerung durch die entgegengerichtete Entwicklung bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln, die um 3½ vH billiger als im Vorquartal waren.

PRIVATER VERBRAUCH IN WESTDEUTSCHLAND VOR UND NACH DER REVISION 1992

Vierteljahreswerte zu Preisen von 1985



Der Einzelhandel als wichtigster Lieferbereich blieb hinter der ohnehin mäßigen Konsumententwicklung deutlich zurück. Der nominale Umsatz, schon im ersten Jahresviertel rückläufig, schwächte sich weiter ab; das Niveau vom Vorjahr wurde um 1 vH — in preisbereinigter Rechnung sogar um 4½ vH — verfehlt. In dieser Entwicklung

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — vierteljährliche saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen.

Der private Verbrauch in Westdeutschland

Verwendungszwecke	Ursprungswerte								Saisonbereinigte Werte ⁸⁾			
	1991		1992	1991		1992			1991		1992	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj. 7)	III	IV	I	II 7)		III	IV	I	II 7)
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	143,37	154,70	146,54	74,95	79,75	70,86	75,68		74,6	75,5	75,0	76,1
Kleidung, Schuhe	52,54	61,28	53,31	26,37	34,91	26,35	26,96		28,3	29,1	28,4	28,8
Wohnungsmieten ²⁾	111,46	116,23	121,99	57,51	58,72	60,20	61,79		57,5	58,8	60,3	61,7
Haushaltsenergie ³⁾	31,67	24,64	30,51	8,62	16,02	18,29	12,22		13,2	14,4	14,1	13,5
Haushaltsführung	61,92	69,74	64,06	31,28	38,46	31,79	32,27		32,8	32,3	33,5	33,3
Gesundheits- und Körperpflege	35,56	38,12	37,86	18,19	19,93	18,68	19,18		18,6	18,9	19,2	19,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	131,24	120,11	131,50	60,65	59,46	62,80	68,70		62,4	61,7	63,9	63,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	67,16	73,41	70,25	33,59	39,82	35,38	34,87		35,2	35,7	36,4	36,4
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	47,88	53,66	51,86	26,53	27,13	25,21	26,65		25,9	26,2	26,6	26,9
Privater Verbrauch ⁵⁾	690,47	730,13	725,36	348,70	381,43	357,07	368,29		357,3	362,4	366,3	369,5
Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr				Vorquartal								
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	5,3	3,4	2,2	3,1	3,6	1,7	2,7	0,7	1,2	-0,6	1,4	
Kleidung, Schuhe	9,9	5,0	1,5	4,2	5,7	0,7	2,2	0,3	2,8	-2,3	1,3	
Wohnungsmieten ²⁾	7,0	8,2	9,5	7,8	8,6	9,3	9,6	2,1	2,3	2,4	2,4	
Haushaltsenergie ³⁾	18,0	1,0	-3,7	-8,1	6,7	-1,5	-6,7	-7,9	8,5	-1,8	-4,6	
Haushaltsführung	11,4	6,7	3,5	7,4	6,1	5,3	1,7	-0,1	-1,5	3,7	-0,7	
Gesundheits- und Körperpflege	8,1	7,2	6,5	7,7	6,8	7,0	6,0	1,7	1,7	1,3	1,1	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	23,1	3,3	0,2	6,8	0,0	3,2	-2,4	-4,8	-1,0	3,6	-1,3	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	8,9	4,1	4,6	4,5	3,7	5,6	3,6	-0,1	1,5	1,9	0,1	
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	10,1	10,4	8,3	11,7	9,1	9,6	7,1	2,8	1,2	1,5	1,4	
Privater Verbrauch ⁵⁾	8,6	6,5	5,1	7,1	5,9	5,7	4,5	0,9	1,4	1,1	0,9	
Mrd. DM zu Preisen von 1985												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	133,72	142,35	131,93	69,20	73,15	64,09	67,84		68,7	68,9	68,2	68,4
Kleidung, Schuhe	48,14	55,77	47,66	24,09	31,68	23,55	24,11		25,8	26,2	25,6	25,8
Wohnungsmieten ²⁾	95,62	97,33	99,15	48,40	48,93	49,31	49,84		48,4	48,9	49,3	49,8
Haushaltsenergie ³⁾	35,32	27,19	33,40	9,78	17,41	19,99	13,41		14,5	16,0	15,7	14,3
Haushaltsführung	56,28	62,37	56,46	28,18	34,19	28,08	28,38		29,7	29,8	29,8	29,5
Gesundheits- und Körperpflege	31,33	32,89	32,16	15,77	17,12	15,91	16,25		16,1	16,2	16,4	16,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	119,34	104,36	112,79	52,75	51,61	54,13	58,66		54,6	53,8	54,9	53,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	63,16	68,99	63,73	31,63	37,36	32,10	31,63		33,0	33,2	33,4	33,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	39,93	43,63	40,41	21,69	21,94	19,75	20,66		21,1	21,0	21,0	20,9
Privater Verbrauch ⁵⁾	627,47	647,03	629,92	309,30	337,73	312,05	317,87		318,0	319,9	320,3	318,7
Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr				Vorquartal								
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	3,2	0,1	-1,3	0,0	0,2	-1,8	-0,9	-0,4	0,3	-1,1	0,3	
Kleidung, Schuhe	7,6	2,4	-1,0	1,7	3,0	-1,8	-0,2	-0,3	1,7	-2,4	0,8	
Wohnungsmieten ²⁾	3,0	3,3	3,7	3,1	3,4	3,6	3,8	0,8	1,0	0,9	1,0	
Haushaltsenergie ³⁾	13,1	-1,6	-5,4	-14,0	7,1	-0,3	-12,2	-10,2	10,5	-1,9	-9,1	
Haushaltsführung	8,6	3,3	0,3	4,2	2,6	1,9	-1,2	-0,6	0,6	0,0	-1,2	
Gesundheits- und Körperpflege	5,2	2,8	2,6	3,3	2,3	3,0	2,3	0,4	0,6	0,9	0,4	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	17,1	-3,6	-5,5	-1,5	-5,7	-3,1	-7,6	-7,3	-1,5	2,1	-2,8	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	7,5	2,0	0,9	2,4	1,7	1,9	-0,1	-0,8	0,8	0,6	-0,7	
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	4,0	3,3	1,2	4,3	2,3	2,7	-0,2	0,7	-0,3	0,0	-0,6	
Privater Verbrauch ⁵⁾	5,2	2,0	0,4	2,2	1,8	1,2	-0,4	-0,6	0,6	0,1	-0,5	
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber												
Vorjahr				Vorquartal								
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,0	3,2	3,6	3,1	3,4	3,6	3,6	1,1	0,8	0,8	0,9	
Kleidung, Schuhe	2,1	2,5	2,5	2,5	2,6	2,5	2,4	0,6	0,6	0,7	0,5	
Wohnungsmieten ²⁾	3,9	4,8	5,5	4,6	5,0	5,5	5,6	1,3	1,4	1,5	1,4	
Haushaltsenergie ³⁾	4,2	3,0	2,4	6,9	-0,4	-1,2	6,3	3,0	-2,7	0,4	5,0	
Haushaltsführung	2,6	3,2	3,1	3,1	3,4	3,3	2,9	0,8	0,9	0,7	0,5	
Gesundheits- und Körperpflege	2,8	4,3	3,7	4,3	4,4	3,9	3,6	1,3	0,9	0,6	0,8	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5,0	7,2	6,1	8,4	6,1	6,5	5,6	2,8	0,4	1,4	1,1	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,3	2,0	3,7	2,1	2,0	3,6	3,7	0,7	0,5	1,6	0,8	
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	5,9	6,9	7,0	7,1	6,6	6,7	7,3	2,0	1,4	1,9	1,8	
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,2	4,4	4,6	4,8	4,1	4,5	4,8	1,6	0,6	1,2	1,3	

1) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — 2) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — 3) Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — 4) Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — 5) Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland, zu dem auch die Käufe von ostdeutschen privaten Haushalten gerechnet werden. — 6) Auf der Basis 1985 = 100. Preisentwicklung nach VGR. — 7) Vorläufige Berechnung des DIW. — 8) Nach dem Berliner Verfahren (BV4). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

spiegelt sich neben der flauen Verbrauchskonjunktur vor allem die weitere Normalisierung des Kaufverhaltens der ostdeutschen Konsumenten, die die verbesserten Einkaufsmöglichkeiten „vor ihrer Tür“ mehr und mehr nutzen und damit weniger vom Angebot des westdeutschen Einzelhandels Gebrauch machen.

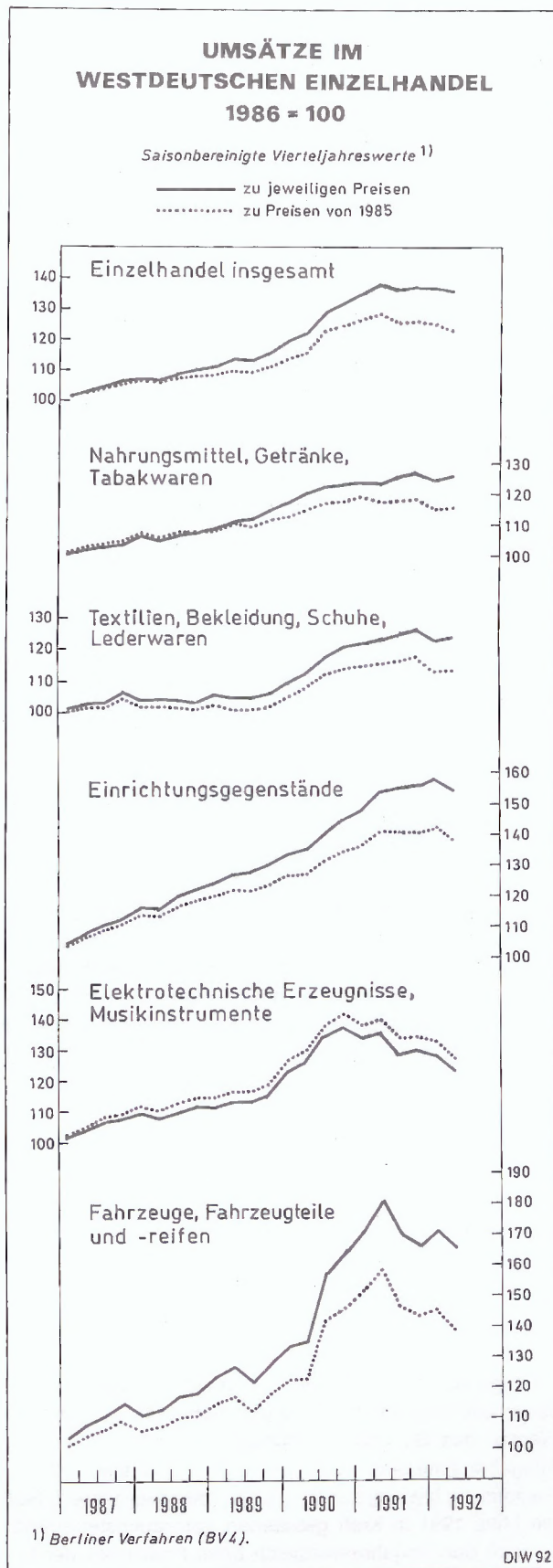
Bedarfsbereiche²

Zu dem Bild einer gedämpften Verbrauchskonjunktur trug der Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* in erheblichem Maße bei. Die reale Nachfrage blieb hier um fast 3 vH hinter dem Ergebnis vom ersten Jahresviertel zurück. Die seit der Jahresmitte 1991 insgesamt schwache Entwicklung dokumentiert der Vorjahresvergleich mit einem realen Minus von 7½ vH. Maßgeblich dafür war in erster Linie die merkliche Abflachung der Nachfrage nach Personenkraftwagen, wie der Rückgang der Neuzulassungen um 8½ vH gegenüber dem Jahresanfangsquartal deutlich macht. Ebenso zeigt der Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein kräftiges Minus (15 vH), doch sollte bei der Bewertung dieses Ergebnisses die außerordentlich hohe Meßlatte des Rekordjahres 1991 berücksichtigt werden. Hier waren in Westdeutschland — im Zusammenhang mit dem immensen Nachholbedarf in Ostdeutschland — viele Ersatzkäufe vorgezogen worden, da die Gebrauchtwagen zu hohen Preisen in die neuen Bundesländer verkauft werden konnten. Insofern ist die aktuelle Entwicklung als Normalisierungsprozeß anzusehen, der sicherlich auch durch das insgesamt kühle Konjunkturklima beeinflusst wurde.

Noch stärker nach unten gerichtet — allerdings kaum konjunkturell bedingt — waren die Ausgaben für *Haushaltsenergie*, die sich gegenüber dem ersten Quartal um 4½ vH — preisbereinigt sogar um 9 vH — verringerten. Darin spiegelt sich hauptsächlich die äußerst mäßige Nachfrage nach Heizöl. Der Menge nach lagen die Heizölkäufe um rund 40 vH unter denen im gleichen Vorjahreszeitraum, zurückzuführen vor allem auf den hohen Lageraufbau bei den privaten Haushalten vor Jahresfrist, da aus steuerlichen Gründen — Mineralölsteuererhöhung zum 1. Juli 1991 — viele Käufe vorgezogen worden waren.

Bei Gütern der *Haushaltsführung* setzte sich die schon Mitte des vergangenen Jahres zu beobachtende Abschwächung mit einem realen Minus von gut 1 vH verstärkt fort; in der gleichen Größenordnung wurde auch das — nach der starken Expansion zuvor allerdings recht hohe — Niveau vom Vorjahr verfehlt. Innerhalb dieses Bedarfsbereiches ragten die erheblichen Nachfrageeinbußen bei Haushaltsgeräten (Waschmaschinen, Kühlschränke u.a.) heraus, die

² Die Ausgaben der privaten Haushalte in den einzelnen Bedarfsbereichen sind nach dem Inlandskonzept ausgewiesen. Dies bedeutet, daß hier — anders als beim privaten Verbrauch insgesamt — auch die Käufe ostdeutscher Verbraucher enthalten sind (siehe auch Fußnote 5 der Tabelle).



sich — gemessen am realen Vorjahresabsatz — auf 5½ vH beliefen. Über die allgemeine konjunkturelle Abkühlung hinaus dürften dabei — wie auch in anderen Nachfragebereichen — die nachlassenden Käufe ostdeutscher Haushalte in Westdeutschland eine Rolle gespielt haben.

Schwächere Impulse gab es auch bei der Nachfrage im Bereich *Bildung, Unterhaltung, Freizeit*; die Ausgaben erreichten gerade das Niveau vom ersten Jahresviertel. Dabei waren recht unterschiedliche Branchenkonjunkturen zu beobachten. Positiv ragte der Spielwareneinzelhandel heraus, dem das Ostergeschäft im April zu einem kräftigen realen Absatzplus von 5½ vH (+13 vH gegenüber Vorjahr) verhalf. Demgegenüber waren Güter der Unterhaltungselektronik erneut schwer abzusetzen. Trotz des anhaltenden Preisdrucks aufgrund hoher Lagerbestände verlief die Nachfrage schleppend; sie verfehlte das Niveau vom Vorquartal nominal wie real um 3 vH, wodurch sich das Minus gegenüber dem Vorjahr auf fast 11 vH vergrößerte.

Mit knapp 1,5 vH expandierten die Ausgaben für *Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung und Schuhe* sowie für *persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen* etwas schneller als die Konsumausgaben insgesamt. Allerdings war im letztgenannten Bedarfsbereich die Ausweitung allein auf den kräftigen Preisauftrieb (knapp 2 vH) — dadurch erhöhte sich der Abstand zum Vorjahr auf rund 7 vH — zurückzuführen; dabei verteuerten sich vor allem die Dienstleistungen von Banken und Versicherungen. Demgegenüber hatten die beiden anderen Verwendungszwecke auch reale Zuwächse zu verzeichnen. Der leichte Anstieg bei Nahrungs- und Genußmitteln, bei dem das Ostergeschäft eine wesentliche Rolle spielte (realer Mehrumsatz im April gut 4 vH), konnte aber die Einbußen vom ersten Jahresviertel bei weitem nicht kompensieren; die seit dem Frühjahr 1991 latente Nachfrageschwäche zeigt sich auch im Vorjahresvergleich (real —1 vH). Ganz ähnlich war die Situation bei Bekleidung und Schuhen; auch hier war das reale Minus im ersten Quartal (2½ vH) weit stärker als das Plus von knapp 1 vH im zweiten.

Das hohe Tempo der Zunahme bei den Ausgaben für *Wohnungsmieten* hielt an; mit 2½ vH expandierten sie ebenso schnell wie im Quartal zuvor. Für die privaten Haushalte ergab sich daraus binnen Jahresfrist eine um 9½ vH höhere Belastung ihres Budgets.

Ausblick

Einige der bisher vorliegenden Indikatoren zeichnen für das zweite Halbjahr ein etwas günstigeres Bild. So hat der Wegfall des Solidaritätszuschlags zur Jahresmitte den Ausgabenspielraum der privaten Haushalte erhöht. Gleichzeitig hat sich das Preisklima etwas verbessert. Seit die Mitte 1991 in Kraft getretenen Verbrauchsteuererhöhungen den Vorjahresvergleich beim Preisindex der Lebenshaltung nicht mehr beeinflussen, steht hier wieder

eine 3 vor dem Komma. Der die Verbrauchskonjunktur belastende Preisauftrieb ist zuletzt — bei rückläufigen Dollarnotierungen — von der außenwirtschaftlichen Seite her gedämpft worden, Kraftstoffe und Heizöl wurden billiger. Auch die Preise für saisonabhängige Nahrungsmittel haben weiter nachgegeben.

Zugleich hat sich das stimmungsmäßige Umfeld verbessert. Der Konsumklima-Index³ ist im Juli erstmals seit über einem halben Jahr wieder merklich gestiegen. Dies betraf sowohl die mikro-ökonomischen Komponenten (Beurteilung der eigenen finanziellen Lage, Bereitschaft zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter) als auch die auf die allgemeine Wirtschaftslage gerichteten Erwartungen.

Ob sich diese positiven Tendenzen auch in einer höheren Nachfrage niederschlagen, ist allerdings unsicher. So wirken die ungünstigen Arbeitsmarktperspektiven einer fühlbaren Belebung entgegen. Auch das hohe Zinsniveau dürfte die Verbrauchskonjunktur weiter negativ beeinflussen, weil dadurch die Sparneigung gefördert und die Bereitschaft zur Aufnahme von Konsumentenkrediten gedämpft wird. Zu große Erwartungen sollten auch nicht in eine höhere Kaufbereitschaft wegen der bevorstehenden Mehrwertsteueranhebung gesetzt werden. Zwar dürften einige Käufe vorgezogen werden, doch wird sich das vom Gewicht her wohl nicht nachhaltig bemerkbar machen.

In den Ergebnissen der Frankfurter Herbstmesse spiegelt sich die augenblickliche, von Unsicherheiten geprägte Situation: Hinsichtlich der Ordertätigkeit ergab sich kein einheitliches Bild; die meisten Aussteller hoben hervor, daß die verhaltene Konjunktur in Deutschland die Stimmung spürbar beeinflußt habe. Insofern ist für die zweite Jahreshälfte sicherlich nicht mit größeren Nachfrageimpulsen zu rechnen; ein leichter Zuwachs des realen Konsums scheint indes nicht unrealistisch.

Ostdeutschland: Nur noch mäßige reale Expansion

Bei kräftiger Ausweitung der verfügbaren Einkommen im zweiten Jahresviertel — das Niveau vom Vorjahr wurde um 27,5 vH übertroffen — stiegen die Verbrauchsausgaben um 19 vH; wie schon im ersten Quartal wurde also vom Einkommenszuwachs relativ mehr gespart als konsumiert. Die Zunahme der Einkommen war das Ergebnis des deutlichen Anstiegs der Durchschnittseinkommen im Gefolge kräftiger Tarifanhebungen, denn die Beschäftigung war erneut rückläufig.

Das Preisniveau des privaten Verbrauchs lag um 18 vH über dem vom Vorjahr, so daß nur noch ein geringer realer Zuwachs (1 vH) verblieb. Die starke Abweichung zur Veränderung des Preisindex der Lebenshaltung (+14 vH) geht auf die unterschiedliche Gewichtung der Bedarfsbereiche

³ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

Einkommen und Verbrauch in Ostdeutschland im 1. Halbjahr 1992
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Zu jeweiligen Preisen		Zu konstanten Preisen ¹⁾		Preisentwicklung ¹⁾	
	I/92	II/92	I/92	II/92	I/92	II/92
Verfügbares Einkommen	36,5	27,5	.	.	.	.
Privater Verbrauch	22,5	19,0	2,0	1,0	20,0	18,0
Nahrungs- und Genußmittel	3,5	6,0	—1,0	2,0	4,5	4,0
Wohnungsmieten und Energie	175,0	175,0	2,0	2,5	169,0	168,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	15,0	4,0	5,5	—3,5	8,5	7,5
Übrige Verwendungszwecke	7,0	7,0	2,0	2,0	5,0	5,0

¹⁾ Preisbasis 2. Halbjahr 1990 / 1. Halbjahr 1991 = 100.
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

zurück; hier ergeben sich bei der aktuellen Berechnung des privaten Verbrauchs mehr oder weniger große Unterschiede zum festen Warenkorb beim Preisindex der Lebenshaltung. Der Preisauftrieb ist in erster Linie auf die starke Erhöhung der Mieten zurückzuführen: Wohnungsmieten und Energiepreise stiegen im Durchschnitt um fast 170 vH. Klammert man aber diese Komponente einmal aus, kommt die Preisentwicklung in Ostdeutschland der in Westdeutschland recht nahe.

Die Abflachung des realen Verbrauchs geht vor allem auf die schwächere Nachfrage beim Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* zurück (—3,5 vH). Maßgeblich dafür waren die stark rückläufigen Pkw-Käufe, sichtbar in der Entwicklung der Neuzulassungen, die um fast 10 vH hinter das Vorjahresergebnis zurückfielen. Allerdings war die Entwicklung nicht ganz so ungünstig wie in

Westdeutschland, so daß der Anteil Ostdeutschlands an den Neuzulassungen in der Bundesrepublik insgesamt wieder auf knapp 19 vH stieg; dies entspricht ungefähr auch dem Anteil der privaten Haushalte.

Die realen Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte in Ostdeutschland werden sich auch in der zweiten Jahreshälfte kaum verbessern, da die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung der Zunahme der verfügbaren Einkommen deutliche Grenzen setzt. So ist das Geschäftsklima im ostdeutschen Einzelhandel eher durch Skepsis geprägt; mit einer nennenswerten Erhöhung der Nachfrage wird nicht gerechnet. Die Verteuerung der Lebenshaltung wird zwar im letzten Viertel dieses Jahres weniger drastisch ausfallen als zuvor, da der erste Schritt der Mietanpassung dann nicht mehr den Vorjahresvergleich beeinflußt; allerdings tritt die nächste Mieterhöhung am 1. Januar 1993 in Kraft.

REA-Gips als Substitutionsrohstoff für Naturgips

Die gesetzlich vorgeschriebene Nachrüstung der Kraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen (REA) war am 30. Juni 1988 abgeschlossen. Im Jahre 1990 erreichte der Anfall von REA-Gips in Westdeutschland rund 3,3 Mill. t, 1991 bereits 3,5 Mill. t. Während 1990 fast 2 Mill. t Gips aus Steinkohlekraftwerken im In- und Ausland in der Gips- und der Zementindustrie verwertet wurden, mußte das aus Braunkohlekraftwerken stammende Material, das auf dem deutschen Markt u.a. wegen seiner Farbe noch keine Akzeptanz gefunden hat, im wesentlichen deponiert werden. Da der Inlandsmarkt 1990 nur etwa zwei Drittel des Steinkohlengips aufnahm, spielte der Export eine wichtige Rolle für die Verwertung von REA-Gips. Mit der Inbetriebnahme von RE-Anlagen in Steinkohlekraftwerken der Bezieherländer dürften sich die Exportmöglichkeiten deutlich reduzieren. Zwar kann Naturgips in erheblichem Umfang durch REA-Gips substituiert werden, ein vollständiger Ersatz wird aber nicht möglich sein.

Angebot natürlicher Rohstoffe

In Deutschland hat sich eine leistungsfähige Gipsindustrie entwickelt. Sie basiert auf umfangreichen Vorkommen der natürlichen Rohstoffe Gips- und Anhydritstein und hat vor allem für die Versorgung der Bauwirtschaft große Bedeutung erlangt. Traditionell wichtige Nachfragebereiche sind auch die Zementindustrie, der Bergbau sowie zahlreiche Verbraucher von Formgipsen.

Gips wird, weil die Transportkosten sehr hoch sind, vor allem in der Nähe der Lagerstätten verarbeitet, die sich insbesondere in Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg, aber auch in Hessen und Rheinland-Pfalz befinden.

Angaben über die tatsächliche jährliche Gesamtproduktion von Gips- und Anhydritstein werden aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht. Die amtliche Statistik weist nur die Gipsstein-Produktion in drei Bundesländern aus, die zudem nicht die der Kleinbetriebe berücksichtigt. Die Bergbehörden der Länder erfassen wiederum nur die Förderung von Betrieben, die unter Bergaufsicht stehen.

Nach den amtlichen Statistiken hat die Produktion von Gips- und Anhydritstein von rund 3,5 Mill. t im Jahre 1984 auf nur noch 2,5 Mill. t (1990) abgenommen; 1991 stieg die Förderung auf knapp 3 Mill. t. Einschließlich der statistisch nicht erfaßten Mengen dürfte die tatsächliche Gesamtrohsteingewinnung in den letzten Jahren allerdings über 3 Mill. t betragen haben, 1991 sogar über 3,5 Mill. t.

Zusammen mit den Importen — in den letzten Jahren im wesentlichen aus Frankreich — kann das gesamte Inlandsangebot an natürlichen Rohstoffen in den vergangenen Jahren auf etwa 3,5 bis 4,8 Mill. t geschätzt werden.

Angebot von REA-Gips

Entsprechend der Großfeuerungsanlagen-Verordnung (GfA VO) mußten bis zum 30. Juni 1988 vorwiegend Stein- und Braunkohlekraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen nachgerüstet werden. Mit der Installation von 159 REA-Einheiten an 72 Kraftwerkstandorten der

Rohstoffgesamtangebot für die Gips- und die Zementindustrie in Westdeutschland
in 1000 t

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Produktion von Primärmaterial										
Niedersachsen	926	988	1 023	768	936	902	1 011	905	845	998
Hessen	136	183	177	250	231	166	116	111	88	144
Rheinland-Pfalz						33	37	39	42	45
Saarland	93	88	71	61	67	37	16	—	—	—
Baden-Württemberg	534	577	636	474	582	608	648	729	674	755
Bayern	1 523	1 487	1 608	1 161	1 066	876	858	835	863	964
Insgesamt	3 212	3 323	3 515	2 714	2 882	2 622	2 686	2 619	2 512	2 906
Produktion von REA-Gips ¹⁾	60	80	120	200	500	670	1 570	1 790	1 950	2 180
Importe ²⁾	562	600	655	751	733	668	560	456	405	426
Gesamtangebot	3 834	4 003	4 290	3 665	4 115	3 960	4 816	4 865	4 867	5 512

¹⁾ Nur REA-Gips aus Steinkohlekraftwerken. — ²⁾ Nur Rohmaterial.

Quellen: Schriftliche Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes; Bundesministerium für Wirtschaft: Der Bergbau in der Bundesrepublik Deutschland — Bergwirtschaft und Statistik. Jährlich; Schriftliche Mitteilungen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke — VDEW — e.V. und der Technischen Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber e.V. (VGB); Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 7, Reihe 2, monatlich; Schätzungen und Berechnungen des DIW.

öffentlichen Versorgung¹ wurden diese gesetzlichen Auflagen erfüllt. Etwa 85 vH aller REA arbeiten mit einer Naßwäsche, in der Kalkstein oder Branntkalk als Absorptionsmittel verwendet wird und daher Gips entsteht. Zu Beginn der 80er Jahre war erst eine kleine Anzahl von Anlagen in Betrieb, und es wurden nur geringe Mengen produziert; 1986 waren es aber bereits rund 0,5 Mill. t und 1988 insgesamt etwa 2,4 Mill. t.

Das Angebot von REA-Gips aus Steinkohlekraftwerken betrug 1989 rund 1,8 Mill. t; 1990 bereits 1,95 Mill. t und 1991 fast 2,2 Mill. t. Aus Braunkohlekraftwerken kamen in den Jahren 1990 und 1991 jeweils weitere 1,35 Mill. t REA-Gips hinzu.

Verwertungsprobleme bei REA-Gips

Das Abfallgesetz verpflichtet die Betreiber von Kohlekraftwerken zu einer Entsorgung der Reststoffe, wobei die Verwertung Vorrang gegenüber der Deponierung hat. Für eine Verwertung des anfallenden REA-Gips kommen vor allem die Gips- und die Zementindustrie in Frage.

Die Verwertung von REA-Gips brachte grundlegende Probleme, da die Standorte der Verarbeiter in der Nähe der natürlichen Rohstofflagerstätten und damit nur zum Teil verkehrsgünstig zu den Kraftwerken liegen und somit erhebliche Transportkosten entstehen. Beispielsweise fallen etwa drei Viertel des Steinkohlen-REA-Gips im Ruhrgebiet und in den nördlichen Bundesländern an, während sich die größten Verarbeitungskapazitäten in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern befinden.

Der Einsatz von REA-Gips hat die Gipsindustrie auch vor technische Probleme gestellt. Das Material mußte durch spezielle Trocknungs- und Brikettierverfahren den Anforderungen der Gipswerke angepaßt werden; Änderungen waren auch beim Einsatz von REA-/Naturgips-Mischungen notwendig. Für neue Werke, die Gipskartonplatten oder Maschinenputzgipse herstellen und ausschließlich REA-Material verarbeiten, mußten spezielle Verfahren entwickelt werden.

Von großer Bedeutung für die Gipsindustrie ist, daß die Kraftwerke die vorgegebenen Qualitätsstandards einhalten. Der neue Rohstoff wird am Naturgips gemessen und „muß so beschaffen sein, daß daraus die Herstellung von Produkten sichergestellt ist, die Erzeugnissen aus Naturgips entsprechen“². Der Begriff „Rauchgasgips“ und die damit verbundene „Vorstellung eines schadstoffbelasteten Kraftwerkrückstands“ behinderten in der Vergangenheit die Marktakzeptanz von REA-Gips-Produkten. Auf eine Kennzeichnung wurde deshalb verzichtet.

Eine vergleichende Untersuchung von REA- und Naturgips kam 1990 zu dem Ergebnis, daß „die untersuchten REA-Gipse ohne gesundheitliche Bedenken zur Herstellung von Baustoffen verwendet werden können“³. Somit dürften die Vorbehalte gegenüber diesem Rohstoff und seiner Verarbeitung zu Gips- und Zementbaustoffen ausgeräumt sein.

Für eine weitere Substitution von Naturgipsstein durch REA-Gips ist eine langfristig gesicherte Rohstoffversorgung der Gipswerke durch die Kraftwerke Voraussetzung. Wegen der Unsicherheiten über die künftige Entwicklung der Kohleverstromung schließen Kraftwerksbetreiber keine langfristigen, mengenbezogenen Lieferverträge ab. Auch deshalb müssen Gipswerke bei Ausfall von REA-Gips weiterhin über Naturgipsressourcen verfügen können: Die Exploration, die Rohstoffsicherung und die Beschaffung von Abbaugenehmigungen sind also auch künftig notwendig.

¹ M. Hildebrand: Emissionsentwicklung im EVU-Bereich der alten Bundesländer in den Jahren 1989 und 1990. In: Elektrizitätswirtschaft, Heft 12, 1991, S. 691-701.

² H. Hamm: Die Bewältigung des REA-Gipsproblems in der Bundesrepublik Deutschland aus technischer, wirtschaftlicher und marktorientierter Sicht. In: Zement-Kalk-Gips, Nr. 12, 1991, S. 593-604.

³ J. Beckert, H. J. Einbrodt, M. Fischer: Untersuchungen zur gesundheitlichen Beurteilung von Naturgips und REA-Gips aus Kohlekraftwerken im Hinblick auf deren Verwendung zur Herstellung von Baustoffen. Bericht und gutachterliche Stellungnahme. Im Auftrage von: VGB-Forschungsförderung, Essen, und Bundesverband der Gips- und Gipsbauplattenindustrie e.V., Darmstadt.

Brennstoffverbrauch und SO₂-Emission in westdeutschen Kraftwerken der öffentlichen Versorgung (EVU) und deren REA-Gipsaufkommen in 1000 t

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Braunkohle	109,26	104,77	106,06	98,18	91,72	86,90	89,56	92,63	91,81	94,35
Steinkohle	31,02	34,09	34,19	33,00	38,28	37,66	36,28	36,67	39,37	39,76
Heizöl ¹⁾	2,43	1,70	1,17	1,27	1,94	2,31	1,92	1,62	1,66	1,94
SO ₂ -Emission	1,55	1,50	1,39	1,24	1,15	0,98	0,38	0,18	0,18	0,20
REA-Gipsanfall aus										
Steinkohle	0,06	0,08	0,12	0,20	0,50	0,67	1,57	1,79	1,95	2,18
Braunkohle	—	—	—	—	—	0,06	0,85	1,29	1,35	1,35

¹⁾ Heizöl leicht und schwer sowie Diesel.

Quellen: Bundesminister für Wirtschaft (Hrsg.): Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Jahresberichte des Referats Elektrizitätswirtschaft, jährlich; Schriftliche Mitteilungen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke — VDEW — e.V. und der Technischen Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber e.V. (VGB); Schätzungen des DIW.

Nach Überwindung der technischen Probleme beim REA-Gipseinsatz hat die Gipsindustrie in Nordrhein-Westfalen direkt an oder in der Nähe von Kraftwerken neue Werke erstellt, die zwei mit Naturgipsstein betriebene Anlagen (Castrop-Rauxel und Bodenwerder) ersetzen. Insgesamt ist im Ruhrgebiet inzwischen eine Verarbeitungskapazität für REA-Gips von rund 0,95 Mill. t installiert. Wegen der Konzentration der Zementindustrie auf Nordrhein-Westfalen besteht dort ein weiteres Nachfragepotential für den neuen Rohstoff. Von verschiedenen Unternehmen ist bekannt, daß sie bereits bis zu 80 vH ihres Bedarfs mit REA-Gips decken.

Angebot insgesamt

Auf dem bundesdeutschen Markt dominierte bis Mitte der achtziger Jahre das Angebot an Gips- und Anhydritstein aus der inländischen Bergbauproduktion, zu dem Importe und gewisse Mengen aus chemischen Prozessen hinzukamen. Entsprechend den Vorgaben durch die Gfavo war absehbar, daß sich das Gesamtangebot in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sprunghaft erhöhen würde. Das Rohstoffgesamtangebot (ohne REA-Gips aus Braunkohlekraftwerken) stieg von rund 4 Mill. t (1987) auf etwa 4,8 Mill. t (1988); 1991 erreichte es mit gut 5,5 Mill. t ein Maximum. Unter Berücksichtigung nicht gemeldeter Produktionsmengen dürften 1988 insgesamt 5,4 und 1991 gut 6,1 Mill. t zur Verfügung gestanden haben. Während der Anteil von REA-Gips 1987 erst knapp 17 vH betrug, waren es 1991 bereits fast 41 vH.

Nachfrageentwicklung und Verwendung von REA-Gips

Der Rohstoffeinsatz in der Steine-und-Erden-Industrie wird statistisch nicht erfaßt. Er konnte aber hier — unter Einbeziehung von Industrieangaben — nach Bereichen berechnet werden.

Aufgrund der anziehenden Baukonjunktur erreichte die Nachfrage nach Gips- und Anhydritstein sowie REA-Gips erst 1990 wieder das Niveau von 1984; 1991 lag sie mit 5,6 Mill. t um gut 9 vH über dem Ergebnis vom Vorjahr⁴.

Bedeutendster Verbraucher war die *Gipsindustrie*, deren Nachfrage sich in den letzten Jahren im Gefolge der guten Baukonjunktur kräftig erhöht hat, und zwar auf 3,7 Mill. t 1991 (knapp 67 vH der Gesamtnachfrage). Daran hatten Baugips mit 50 vH und Gipskartonplatten mit 21 vH nach wie vor die höchsten Anteile.

In der *Zementindustrie* bewegte sich der Rohstoffverbrauch zwischen 1,2 Mill. t (1987) und 1,55 Mill. t (1991); der Anteil am Gesamtverbrauch fiel 1991 auf knapp 28 vH (1982: 30 vH).

Über den Verbrauch im *Bergbau* liegen keine genauen Angaben vor, doch sollen es in den letzten Jahren nur noch maximal 0,35 Mill. t gewesen sein. Damit war dieser Sektor zuletzt lediglich mit etwa 6 vH an der Gesamtnachfrage beteiligt.

REA-Gips wurde in den genannten Sektoren in unterschiedlicher Höhe eingesetzt. So dürfte sich die Verwendung der 1,95 Mill. t, die 1990 in den Rauchgasentschwefelungsanlagen der öffentlichen Steinkohlekraftwerke angefallen waren, etwa wie folgt aufgliedern (in Mill. t):

Export	0,65
Zementindustrie	0,45
Gipsindustrie	0,85

Demnach entfiel vom gesamten Rohstoffverbrauch in der Gipsindustrie 1990 rund ein Viertel auf REA-Gips. Er wird dort vorwiegend für die Herstellung von Gipskartonplatten und Maschinenputzgips verwendet. Von sieben Plattenwerken wurden 1990 etwa 0,7 Mill. t Calciumsulfat-

⁴ Die Verbrauchsberechnung beruhte auf Angaben der Absatzproduktion; der Gesamtverbrauch dürfte daher höher liegen.

Verbrauch von Gips- und Anhydritstein sowie REA-Gips in Westdeutschland
in 1000 t

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Gipsindustrie insgesamt	2 614	2 698	2 918	2 420	2 571	2 461	2 746	3 090	3 315	3 740
Baugips	1 462	1 509	1 669	1 321	1 412	1 289	1 423	1 576	1 653	1 875
Spezial- u. sonstiger Gips	157	166	174	178	192	210	242	271	272	278
Zusammen	1 619	1 675	1 843	1 499	1 604	1 499	1 665	1 847	1 925	2 153
In Rohsteinäquivalent ¹⁾	1 862	1 926	2 119	1 724	1 845	1 724	1 915	2 124	2 214	2 476
Gipskartonplatten ²⁾	467	473	472	426	432	447	493	598	699	799
Bauelemente aus Gips	285	299	327	270	294	290	338	368	402	465
Zementindustrie	1 464	1 478	1 402	1 240	1 286	1 218	1 286	1 396	1 476	1 547
Bergbauanhydrit	800	800	800	800	500	400	350	350	350	330
Rohstoffgesamtverbrauch	4 878	4 976	5 120	4 460	4 357	4 079	4 382	4 836	5 141	5 617

¹⁾ Einschließlich 15 vH Kristallwasser. — ²⁾ Mit 7,5 kg/m² umgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 4, Reihe 3.1., jährlich; Bundesverband der Gips- und Gipsbauplattenindustrie e.V.; Schätzungen und Berechnungen des DIW.

Dihydrat verbraucht. Für die Produktion von Putzgipsen in älteren Anlagen spielt der neue Rohstoff allerdings nur eine untergeordnete Rolle, da dieses Material u.a. eine Änderung der Additiv-Rezepturen erfordert und höhere Kosten verursacht. Bis auf eine Reihe von Spezialgipsen dürften heute die Produkte der deutschen Gipswerke vorwiegend aus Mischungen von Naturgipsstein und REA-Gips erzeugt werden. Am Rohstoffverbrauch in der Zementindustrie war der REA-Gips 1990 schon mit fast 30 vH beteiligt. Gemessen am Verbrauch aller Sektoren betrug sein Anteil knapp ein Viertel.

Das Aufkommen an REA-Gips konnte allerdings nicht vollständig im Inland verwertet werden: 1990 wurde immerhin etwa ein Drittel exportiert. Dabei lassen die — allerdings wenig präzisen — Angaben in der Außenhandelsstatistik und die Angaben in der Verkehrsstatistik erkennen, daß es bereits von 1987 an zu steigenden REA-Gipsexporten gekommen ist. Hauptabnehmerländer sind die Niederlande, Belgien und Frankreich sowie Schweden, Dänemark und Norwegen. Von den Ausfuhren gingen 1990 schätzungsweise 0,2 Mill. t in Zementwerke und reichlich 0,4 Mill. t in die Gipsindustrie. Insgesamt dürften vom gesamten REA-Gipsaufkommen aus Steinkohlekraftwerken in Deutschland rund 1,3 Mill. t — also etwa zwei Drittel — von in- und ausländischen Gipswerken und der Rest von der Zementindustrie verwertet worden sein.

Ausblick

Durch das Zusammenwirken von Kraftwerksbetreibern sowie der Gips- und der Zementindustrie wurden in Westdeutschland in den 80er Jahren die Voraussetzungen für die Verwertung des industriell erzeugten mineralischen Massenrohstoffs REA-Gips geschaffen. Im Unterschied zu REA-Gips aus der Braunkohleverstromung wird derjenige aus Steinkohlekraftwerken zu qualitativ hochwertigen Baustoffen verarbeitet. REA-Gips ist kein Abfallstoff, sondern ein vollwertiges Substitut für die natürlichen Rohstoffe

Gips- und Anhydritstein, das ohne Bedenken eingesetzt werden kann. Die hohen Exporte dokumentieren, daß sich dieses Material auch in ausländischen Werken als ein gefragter Rohstoff etabliert hat.

Die Verarbeitung von REA-Gips ist allerdings kostenintensiver als die des Naturrohstoffs, da die Trocknung und Brikettierung — sie geschehen im wesentlichen schon im Kraftwerk — aber auch ein höherer Anlagenverschleiß, Transport- und Lagerkosten sowie neue Verfahrenstechnologien seinen Einsatz verteuern. Dies schlägt sich in den Abgabepreisen für REA-Gips nieder.

Hinsichtlich einer Verwertung des aus Braunkohlekraftwerken anfallenden REA-Gips sind erste Erfolge zu verzeichnen. So hat die Verarbeitung zu einem hochwertigen Bindemittel für den Hochbau und den Bergbau 1992 in einer 40 000 jato-Anlage begonnen; sie soll 1993 mit der Inbetriebnahme eines 270 000 jato-Werks größere Dimensionen erreichen.

Um eine vollständige Verwertung des gesamten REA-Gips-Anfalls künftig zu sichern, müssen weitere Einsatzbereiche für diesen Rohstoff erschlossen werden (z.B. Füllstoffe, Trockenestrich, Düngemittel). Das Substitutionspotential von Naturgipsen scheint in der Zementindustrie auch noch weitere Möglichkeiten zu bieten. Zusätzliche Mengen könnten bei Inkaufnahme längerer Transportwege abgesetzt werden, zumal im süddeutschen Raum ein erheblicher Bedarf vorhanden ist.

Da aufgrund von Nachrüstungen oder Kraftwerksneubauten in Mitteleuropa Mitte der 90er Jahre weitere REA-Anlagen auf Steinkohlebasis in Betrieb gehen, ist es fraglich, ob die westdeutschen Unternehmen weiterhin so viel wie bisher exportieren können. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß in den neuen Bundesländern nach Industrieangaben von 1995/96 an jährlich etwa 0,25 Mill. t REA-Gips aus Steinkohle- und 3 Mill. t aus Braunkohlekraftwerken anfallen werden, für deren Verwertung ein Konzept noch aussteht.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. DM 72,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner und Dieter Teichmann.

Differenzierte Entwicklungen bei der Sozialversicherung. Bearbeitet von Volker Meinhardt.

Der private Verbrauch im zweiten Quartal 1992. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

REA-Gips als Substitutionsrohstoff für Naturgips. Bearbeitet von Peter Eggert. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen			Inland		Ausland					
							Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe	Investitions- gütergewerbe	Verbrauchs- gütergewerbe								
		in 1000				1985 = 100											
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990	J	1980		308		117,4		111,3		120,8		117,0		117,5		117,4	
	F	1957	1960	312	311	119,2	118,6	111,6	112,1	123,2	122,3	119,2	118,2	118,8	117,7	119,8	120,3
	M	1945		313		119,3		113,3		122,8		118,3		116,7		123,6	
	A	1949		316		118,9		112,6		122,7		117,7		119,1		118,7	
	M	1925	1929	319	317	121,5	120,2	111,9	112,3	126,4	124,4	122,2	120,4	124,6	122,0	116,6	117,4
	J	1914		317		120,2		112,4		124,1		121,2		122,3		116,8	
	J	1878		320		122,9		112,6		128,1		124,1		127,4		115,7	
	A	1843	1844	316	315	125,7	125,1	115,0	115,5	131,0	129,8	126,6	126,4	132,7	130,5	114,3	116,4
	S	1810		310		126,7		118,9		130,3		128,6		131,4		119,1	
	O	1777		310		128,1		117,3		133,2		130,3		134,3		118,2	
	N	1733	1740	314	311	125,2	125,2	116,0	116,3	128,7	128,1	129,6	130,8	135,1	133,6	109,0	111,6
	D	1711		312		122,3		115,7		122,5		132,6		131,3		107,5	
1991	J	1661		321		128,2		118,3		132,7		130,6		136,6		114,5	
	F	1670	1664	324	327	123,7	124,9	115,3	115,5	126,1	128,4	130,1	129,8	133,0	134,3	108,6	109,7
	M	1660		336		122,9		112,9		126,4		128,6		133,2		106,1	
	A	1685		342		120,7		113,7		122,9		125,2		130,0		105,5	
	M	1705	1696	343	343	122,9	122,4	115,1	114,2	126,3	125,3	125,4	126,6	131,2	130,8	109,5	108,7
	J	1699		345		123,5		113,7		126,8		129,1		131,1		111,0	
	J	1711		342		123,7		115,8		126,1		129,4		129,6		114,0	
	A	1706	1703	342	338	123,3	123,0	115,4	114,6	126,3	126,1	127,1	127,3	129,5	129,6	113,3	112,2
	S	1693		330		122,0		112,7		125,8		125,4		129,7		109,4	
	O	1688		320		122,3		114,8		125,6		124,6		129,2		111,0	
	N	1666	1674	317	321	122,9	121,3	116,0	114,7	125,9	124,0	125,0	123,9	131,8	128,8	108,3	109,0
	D	1669		324		118,7		113,4		122,5		122,2		125,4		107,8	
1992	J	1687		337		125,0		118,2		127,6		128,6		133,0		112,0	
	F	1663	1681	343	343	127,1	124,8	118,8	117,7	130,6	127,8	130,1	127,2	136,3	133,0	112,2	111,5
	M	1693		348		122,3		116,0		125,3		122,9		129,6		110,4	
	A	1767		348		120,5		115,0		122,3		124,3		129,1		106,7	
	M	1796	1793	342	343	120,5	119,7	117,3	116,4	121,5	120,5	122,7	122,9	129,1	127,4	106,5	107,3
	J	1817		338		118,1		116,8		117,6		121,8		123,9		108,7	
	J	1843		331		117,5		115,0		116,3		126,0		124,4		106,5	
	A S O N D	1857		328													

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1985	Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr	Einfuhr							
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe	Investitions- gütergewerbe												
in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾					
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990	J	7327		115,9		109,9		121,2		119,4		113,9		46,5		41,5	
	F	7344	7342	116,8	116,7	111,7	110,7	121,7	121,9	132,5	125,7	115,6	115,2	45,7	46,2	41,9	42,0
	M	7355		117,5		110,4		122,7		125,3		116,2		46,4		42,5	
	A	7365		115,4		111,1		119,1		121,4		115,3		46,3		44,2	
	M	7383	7382	119,7	117,4	109,6	110,4	125,9	122,0	128,1	123,1	119,4	116,7	45,1	44,8	41,5	43,0
	J	7398		117,0		110,4		120,9		119,7		115,3		43,1		43,4	
	J	7418		119,0		110,6		123,6		123,8		121,8		45,1		44,6	
	A	7441	7430	120,4	120,2	111,4	111,6	124,2	124,3	123,0	123,2	124,7	123,1	45,4	45,1	46,3	45,6
	S	7432		121,3		112,9		125,0		122,8		122,8		44,8		45,7	
	O	7470		122,1		111,9		125,8		125,4		125,7		46,7		45,9	
1991	N	7483	7483	122,4	122,6	113,1	112,7	125,5	126,4	126,1	124,7	125,0	123,9	46,3	45,8	50,9	48,5
	D	7495		123,3		113,1		128,0		122,6		121,1		44,3		48,7	
	J	7527		123,2		113,8		126,5		124,1		129,5		45,9		51,8	
	F	7534	7531	123,3	123,2	111,7	113,2	127,2	126,7	103,6	119,2	126,6	127,9	45,4	45,6	49,6	50,7
	M	7531		123,0		114,1		126,3		129,9		127,7		45,5		50,6	
	A	7538		123,4		112,8		126,9		134,1		130,1		44,0		49,2	
	M	7530	7530	123,8	124,4	114,2	114,0	127,1	128,2	128,1	130,5	127,6	128,6	46,4	44,8	53,2	50,6
	J	7521		125,9		114,9		130,5		129,3		128,0		44,1		49,5	
	J	7524		123,1		111,9		126,8		131,6		130,5		47,3		50,9	
	A	7506	7514	121,6	122,4	111,1	111,8	126,1	126,5	125,9	130,2	122,7	125,3	46,9	46,8	49,5	50,4
1992	S	7513		122,6		112,4		126,7		133,1		122,8		46,1		50,6	
	O	7498		122,2		113,6		126,2		131,0		128,3		46,6		51,0	
	N	7484	7487	123,2	121,6	114,5	112,2	127,3	125,7	131,2	130,4	125,2	125,3	48,2	47,5	51,1	50,8
	D	7480		119,4		108,6		123,5		129,1		122,5		47,7		50,2	
	J	7476		123,4		114,7		126,7		125,4		127,7		46,0		52,2	
	F	7449	7452	125,2	123,7	118,7	116,4	128,2	126,8	140,2	132,4	128,1	125,5	47,6	47,1	52,3	52,3
	M	7433		122,4		115,7		125,4		131,7		120,8		47,9		52,3	
	A	7416		122,7		115,0		125,8		135,0		127,0		50,4		54,5	
	M	7388		123,7	122,3	117,5	115,4	127,0	125,3	133,9	134,2	120,9	122,9	44,4	45,6	50,6	51,1
	J			120,6		113,7		123,1		133,6		120,7		42,1		48,1	
J			119,9		112,4		121,9		128,5								

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.